

GASTKOMMENTAR

Europas Zukunft fußt auf seinen Grundwerten



Mit der Konferenz zur Zukunft Europas haben die EU-Institutionen letzten Monat eine beispiellose Übung direkter Demokratie gestartet: Bürgerinnen und Bürger aus ganz Europa nehmen gemeinsam mit gewählten Vertreterinnen und Vertretern daran teil. Unterdessen schaltete Ungarns Ministerpräsident in einem Dutzend europäischer Zeitungen eine Anzeige, in der er die Europäische Union und insbesondere das Europäische Parlament denunziert.

So eine Desinformationskampagne kann nicht unbeantwortet bleiben. Niemand, der sich der Ursprünge der EU und ihrer Aufgabe, Frieden und Wohlstand zu stützen, bewusst ist, kann in dieser Debatte still bleiben. Wenn wir die Grundwerte nicht entschlossen verteidigen, wird unsere Union ihre Identität und ihre Bedeutung verlieren. Wir müssen wachsam bleiben gegenüber Angriffen auf unsere Grundfreiheiten. Alle Mitgliedstaaten haben bei ihrem Beitritt zur Europäischen Union denselben Vertrag unterzeichnet. Aber einige Regierungen, insbesondere die derzeitige in Ungarn, brechen die grundlegenden Verpflichtungen, die ihre Staaten damit eingegangen sind, und gleiten zurück in einen autoritären Einparteiensstaat, den sie vor mehr als 30 Jahren so entschlossen verlassen wollten und konnten.

Artikel 2 des Vertrags über die Europäische Union bestimmt: „Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören.“ Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam. Die oberste Pflicht aller Parlamente besteht genau darin, diese Werte zu verteidigen: die Unabhängigkeit der Justiz und die Freiheit der Medien sowie die Grundrechte aller Bürgerinnen und Bürger. Es steht außer Frage, dass die nationalen Parlamente eine wichtige Rolle spielen, wenn es darum geht, ihre Regierungen zur Rechenschaft zu ziehen, demokratische Werte zu verteidigen und eine stärkere, wohlhabendere und egalitärere Gesellschaft aufzubauen, und zwar zusammen – nicht in Konkurrenz – mit dem Europäischen Parlament. Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, jede Regierung – ob von der Linken, der Rechten oder der Mitte – anzuprangern, die die Grenze zwischen Demokratie und Autokratie überschreitet. Wie der Präsident des Europäischen Parlaments, David Sassoli, kürzlich sagte: „Europäische Werte sind furchterregend für autoritäre Regime, denn Freiheitsrechte ermöglichen Gleichheit, Gerechtigkeit, Transparenz, Chancen und Frieden.“

Wenn die EU reformiert werden muss, dann nicht, weil diese Grundprinzipien veraltet sind, sondern weil sie gestärkt werden müssen. Denn ohne Grundwerte gibt es keine Europäische Union. Was es in diesen Zeiten braucht, ist ein gemeinsames Einstehen für diese Werte – als Bürgerinnen und Bürger, als Europäisches Parlament, als nationale Parlamente, sowie von der Kommission als Hüterin der Verträge und den Regierungen der Mitgliedstaaten. Nur wenn wir gemeinsam unter dem Dach der EU handeln, können wir in unserer Wertegemeinschaft in Freiheit und Wohlstand leben. Das sind die Lehren, die wir aus über 70 Jahren Frieden ziehen, den die Europäische Union diesem Kontinent gebracht hat.

■ Katarina Barley (SPD) ist Vizepräsidentin, Othmar Karas (ÖVP) Vizepräsident des Europäischen Parlaments

ESSAY



Umweltschutz

musst rational sein

Bis nächstes Jahr liefert das Kernkraftwerk Neckarwestheim noch Strom, dann wird es abgeschaltet. Ist das, was nach Fukushima 2011 richtig war, im Klimaschutzsommer 2021 auch noch richtig?

Der bekannteste Slogan der „Fridays For Future“ Bewegung (FFF) lautet: „Follow the Science“. Das Anliegen, wissenschaftliche Erkenntnisse ohne Einschränkung umzusetzen, wirkt zweifelsfrei sympathisch, die Tatsache aber, dass genau dies nicht in vollem Umfang geschieht, ist demokratischen Willensbildungsprozessen geschuldet. Die Demokratie muss Interessen verschiedenster Gruppen gegeneinander abwägen und dabei die Grundrechte beachten. Wer also fordert, einzig der Wissenschaft zu folgen, muss sich die Gretchenfrage stellen lassen, wie er es mit der Demokratie hält.

Zugegeben – allein der Wissenschaft zu folgen und nicht den Interessen der Marktwirtschaft und parlamentarischen Verfahren klingt zunächst nach ideologiefreier, Parteigrenzen überwindender Ratio. Wenn dies dann noch der Rettung des Klimas und damit der Welt dient – also nach Auffassung vieler Klimaschützer dem einzigen Weg, das Überleben der Menschheit zu sichern –, könnte diskutiert werden, ob ein striktes „Follow the Science“ nicht ein höherrangiges Gut ist als die derzeitigen demokratischen Prozesse. Wissenschaftlichen Erkenntnissen unter Einschränkung von Grundrechten und zum Schaden der Wirtschaft zu befolgen, ist keineswegs nur eine Utopie junger klimabewogter Menschen. Auch der deutsche Verfassungsstaat praktiziert dieses Vorgehen. Die Corona-Politik folgt strikt den Vorgaben der Wissenschaft und nimmt dafür eine ganze Reihe Grundrechtseinschränkungen in Kauf – und auch den Irrtum, dass es in der Wissenschaft naturgemäß nie nur eine einzige Meinung gibt.

Doch wenn das Prinzip der Corona-Maßnahmen auf den Kampf gegen den menschengemachten Teil des Klimawandels angewandt würde, wäre auch hier einem höheren Ziel gedient. Denn zweifelsfrei sind sich unzählige Wissenschaftler darin einig, dass der Klimawandel durch Dürren, Unwetter und ansteigenden Meeresspiegel auf mittlere Sicht Millionen Menschen in Lebensgefahr bringen wird. Die gesellschaftliche Debatte wird zeigen, ob die Mehrheit der Menschen, ob die Mehrheit der Deutschen bereit wäre, ihre Wirtschaft weiter zu schwächen und die eigenen Grundrechte einzuschränken, um das Klima zu retten.

Folgt man ernsthaft der Wissenschaft, sind Brückentechnologien wie blauer Wasserstoff und Kernenergie ebenso ein Baustein zur Rettung des Klimas wie globale politische Maßnahmen



JULIAN REITZENSTEIN

Es gibt allerdings einen feinen Unterschied zwischen Corona-Politik und Klima-Politik. Bei den Grundrechtseinschränkungen zum Schutz vor der Pandemie geht es um das Überleben eines kleinen Teils der Infizierten. Diese aber bilden nur einen kleinen Teil der Weltbevölkerung. Man mag fragen: Wie viel selbstverständlicher lassen sich dann Grundrechtseinschränkungen fordern, wenn es nach Auffassung der Klimaschützer nicht um das Leben von Prozentbruchteilen der Menschheit geht, sondern langfristig um das Leben aller Menschen? Der Unterschied liegt im Menschenbild beider Politiken. Trotz aller Rechtseingriffe setzt die Corona-Politik vor allem auf Einsicht und Selbstkontrolle jener Mehrheit der Bürger, die sie mit „Follow the Science“ vom Sinn der Maßnahmen überzeugt hat. Dagegen haben es die Klimaschützer in den Regierungen, bei den Gerichten und den bürgerschaftlichen Initiativen bis heute

nicht vermocht, die Mehrheit zu überzeugen, sich selbst so konsequent zu beschränken, dass dem Klima wirksam geholfen wird.

Wenn es sich bei „Follow the Science“ um eine ernsthafte Forderung handelt, kann diese sich nicht darauf beschränken, Einzelmaßnahmen in einzelnen Staaten zu fordern, sondern muss global handeln. Und folgt man ernsthaft der Wissenschaft, dann sind sichere Brückentechnologien wie blauer Wasserstoff und Kernenergie ebenso ein wichtiger Baustein zur Rettung des Klimas. Deren dogmatische Ablehnung durch einen erheblichen Teil der Aktivisten erweist dem Klimaschutz einen Bärendienst. Zur Erinnerung: Ein Tsunami, ein Wetterphänomen hat das Kernkraftwerk in Fukushima zerstört und vielen Menschen das Leben genommen. An den unmittelbaren Folgen der Zerstörung des Atomkraftwerks ist hingegen nach übereinstimmenden Berichten bislang niemand verstorben. Anders ausgedrückt: Seitdem 1954 das erste zivile Atomkraftwerk im russischen Obninsk ans Netz ging, sind deutlich mehr Menschen an den Folgen des Klimawandels verstorben als an den Folgen der Kernkraft. Es mag viele Gründe geben, auf Kernkraft zu verzichten, aber ein Kernkraftwerk ist vergleichsweise rasch stillgelegt, bevor der langwierige Abbau beginnt. Das Klima braucht jedoch ungleich länger, um sich zu erholen. Daher sollte Klimaschutz Priorität vor dem Atomausstieg haben. Auch darf die Sinnhaftigkeit der Abschaltung moderner und gut überwachter Kernkraftwerke in einem Land bei gleichzeitigem Bezug von Atomstrom aus veralteten und störanfälligen Kernkraftwerken gleich hinter der Grenze diskutiert werden.

Wer nun gleichzeitig Klimaschutz und das Abschalten von Kernkraftwerken fordert, wer Grundrechtseinschränkungen befürwortet, weil der Wissenschaft gefolgt werden soll, muss sich gefallen lassen, auf Widersprüche hingewiesen zu werden. Es ist wichtig, das Klima zu schützen. Auf eine der größten Herausforderungen für die Menschheit des 21. Jahrhunderts in der öffentlichen Debatte aufmerksam gemacht zu haben, ist zweifelsfrei das Verdienst von „Fridays for Future“. Wohl kaum eine andere Bewegung bringt so viele Menschen auf die Straße und ist in Talkshows, Politik und Medien so präsent. Statt mit schön klingenden Slogans, die, zu Ende gedacht, wirtschafts- und demokratiefeindlich sind, könnte der dringend notwendige Klimaschutz mit der FFF-Macht auch ein-

facher erreicht werden. Neben einer moderaten Laufzeitverlängerung der sichersten Atomkraftwerke sind wirtschaftsfeindliche Maßnahmen in der westlichen Welt nicht zu beanstanden, wenn diese ebenfalls moderat sind. Wohl nur auf diesem Wege könnte die Mehrheit der Staaten zu ähnlichen Maßnahmen bewegt werden – schließlich ist FFF eine weltweite Bewegung.

Im Übrigen wäre es die wohl effektivste Einzelmaßnahme, wenn Millionen junger Menschen lauthals verkündeten, keine in China hergestellten Waren zu kaufen, bis dort der Klimaschutz ernst genommen und umgesetzt wird. Dies könnte auch auf den Gewässerschutz ausgedehnt werden. Denn China ist nicht nur einer der größten Emittenten von CO<sub>2</sub>, sondern auch von Plastik in den Meeren. So lange keine Turnschuhe, T-Shirts, Smartphones und Tablets – mit langen, CO<sub>2</sub>-intensiven Transportwegen – aus China gekauft werden, bis dort dieselben Umweltstandards in der Produktion gelten wie in Europa, dann müssten die unzähligen Klimaschützer dieser Erde sich aus Selbsteinsicht allerdings stark einschränken. Wenn es aber sexy wird, weniger zu besitzen, dafür aber nachhaltig produziertes, wird die Welt sich dadurch zum besseren ändern – und das Klima auch. Die Greta-Frage lautet, wie viele der engagierten Klimaschützer bereit wären, sich selbst für ihr Ziel nachhaltig einzuschränken, statt dies nur von anderen zu fordern.

In jedem Falle wäre die Bereitschaft, den eigenen Konsum einzuschränken, nicht nur der effektivste und auch demokratischste Klimaschutz aller Zeiten. Solche Einschränkungen würden mehr für den Klimaschutz erreichen, als die Ablehnung von Brückentechnologien und die Missachtung demokratischer Regeln. Klimaschützer sind auf eine hohe Glaubwürdigkeit angewiesen. Denn nur so vermögen sie, Einsicht, Selbstbeschränkung und Eigenengagement in einer demokratischen Mehrheit zu verankern. Das würde dazu führen, dass die Märkte der Konsumentenmehrheit folgen. Hingegen führen Regulierungen und Forderungen an andere, die mancher Klimaschützer durch sein ganz eigenes Konsumverhalten selbst nicht erfüllt, kaum zu einsichtigen Mehrheiten. Der Slogan „Follow the Science“ wird nur dann zum effektiven Klimaschutz führen, wenn die Regeln der Demokratie geachtet und die Mehrheit durch glaubwürdiges Handeln und vor allem effektive Aktionen gegen Klimaschutz überzeugt wird.

IMPRESSUM Verleger AXEL SPRINGER (1985 \*)

Herausgeber: Stefan Aust  
 Chefredakteur: Dr. Ulf Poschardt  
 Stellvertreter des Chefredakteurs: Oliver Michalsky, Arne Tietz  
 Chefredakteure in der Welt-Gruppe: Johannes Boie, Dagmar Rosenfeld  
 Stv. Chefredakteur: Robin Alexander

Geschäftsführender Redakteur: Thomas Exner  
 Chefredakteur: Torsten Krauel  
 Redaktionsleiter Digital: Stefan Frommann  
 Leitung Redaktionsteam: Christian Gaertner, Stv. Philipp Jürgens, Lars Winkler  
 Creative Director: Cornelius Tittel  
 Artredaktion: Juliane Schwarzenberg, Stv. Katja Fischer

Politik: Marcus Heithecker, Claudia Kade, Lars Schroeder, Dr. Jacques Schuster  
 Forum: Eva Marie Kogel, Lucas Wiegmann, Stv. Rainer Haubrich  
 Investigation/Reportage: Manuel Bewander, Anette Dowideit  
 Außenpolitik: Klaus Geiger  
 Wirtschaft/Finanzen: Jan Dams, Olaf Gersemann, Stv. Dietmar Deffner, Nando Sommerfeldt, Thomas Exner (Senior Editor)  
 Feuilleton: Dr. Mara Delius, Andreas Rosenfelder, Stv. Hannah

Lühmann  
 Literarische Welt: Dr. Mara Delius (Herausgeberin)  
 Literarischer Korrespondent: Richard Kimmmerling  
 Stil/Reise: Adriano Sack, Stv. Sönke Krüger, Inga Griese (Senior Editor)  
 Sport: Matthias Brigelmann  
 Wissen: Dr. Pia Heinemann  
 Regionalredaktion Hamburg: Jörn Lauterbach  
 Nachrichten/Gesellschaft: Thore Barfuss  
 Community/Social: Franziska Zimmerer  
 WELTplus: Sebastian Lange  
 Video: Martin

Heller  
 CvD Produktion: Patricia Plate  
 Foto: Michael Dilger, Stv. Stefan A. Runne  
 Infografik: Sandra Hechtenberg, Karin Sturm  
 Chefredakteur Außenpolitik: Dr. Sascha Lehmann  
 Stv. Clemens Wergin  
 Chefwirtschaft: Dr. Dorothea Siems  
 Korrespondenten Politik/Gesellschaft: Ulrich Exner, Dr. Richard Herzinger  
 Chefredakteur Feuilleton: Dr. Jan Klüver  
 Chefredakteur

Wissenschaft: Dr. Norbert Lossau  
 Chefredakteur: Stefan Frommann  
 Chefredakteur Wissenschaft: Axel Bojanowski  
 Leitender Redakteur Zeitsgeschichte: Sven Felix Kellerhoff  
 Ständige Mitarbeiter: Prof. Michael Stürmer  
 Autoren: Henryk M. Broder, Dr. Susanne Gaschke, Peter Huth, Alan Posener, Benjamin von Stuckrad-Barre, Hans Zippert

Auslandskorrespondenten: Brüssel: Dr. Tobias Kaiser, Dr. Christoph Schiltz  
 Budapest: Boris Kalnoky  
 Istanbul: Deniz Yücel  
 Kapstadt: Christian Putsch  
 London: Stefanie Bolzen, Thomas Kiellinger  
 Marrakesch: Alfred Hackensberger  
 Moskau: Pavel Lokshin  
 New York: Hannes Stein  
 Paris: Martina Meister  
 Warschau: Philipp Pritz  
 Washington: Steffen Schwarzkopf, Dr. Daniel Friedrich Sturm